

der Vergangenheit und den Wurzeln der Volkskulturen, der Volksreligiosität und Poesie gegenüber. Zu einer solchen Pluralisierung des Religiösen gehört auch eine größere Ökumene, vor allem mit den protestantischen Schwesterkirchen. Ohne eine wirkliche und anerkannte Verantwortung der Laien ist diese Ökumene nicht möglich. Einem „Sektarismus“ in der Kirche selbst muß dabei Paroli geboten werden; die Vervielfältigung der religiösen Bewegungen in Mittel- und Oberschichten (Schönstatt, CVX – Comunidades de vida cristiana, Cristianos para la Ciudad Nueva, Opus Dei, Charismatiker) ist sicher ein Reichtum, kann aber auch statt zur Öffnung zum Ein- oder Ausschluß führen.

Die Seligsprechung von Pater Hurtado kann vielleicht Anlaß sein für eine erneute Reflexion auf die Gestalt einer Kirche auf der Seite der Armen und mit einer Sensibilität, die Zeichen der Zeit zu interpretieren und zu einem gesamtgesellschaftlichen Konsens in aller Pluralität, aber zum

Wohl des Menschen beizutragen. Wie die katholische Kirche in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft zur Wertbildung beitragen kann, ist – nicht nur in Chile – eine offene Frage. Die Beobachtung von Bischof Ariztía, viele Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik, Medien fühlten sich im Augenblick von der Kirche allein gelassen, gibt hier sicher zu denken.

Pater Hurtados Option für einen Sozialkatholizismus macht auch deutlich, daß die Ausbildung einer Katholizität – auch im Sinne der „Neuevangelisierung“ – heute nicht ohne eine erneute und vertiefte Option für die Armen getroffen werden kann. In diesem Sinn, um zu einer solidarischen Kultur und wirklicher Versöhnung beizutragen, wird die Kirche immer „Zeichen des Widerspruchs“ bleiben. Gerade angesichts der „offenen Wunde der Armut“ (Bischof *Francisco José Cox Huneus*) ist der „Übergang“ noch nicht abgeschlossen. Margit Eckholt

# Alter Wein in neuen Schläuchen

## Eindrücke aus dem unabhängigen Usbekistan

*Seit dem August 1991 ist die frühere Sowjetrepublik Usbekistan in Mittelasien unabhängig. Unter russische Herrschaft kam das Gebiet erst im letzten Jahrhundert. Der kulturell-religiös prägende Islam war in der sowjetischen Zeit zu einem Schattendasein verurteilt, jetzt kann er sich wieder entfalten. Es wird krampfhaft versucht, für den neuen Staat eine usbekische Identität zu zimmern. Die Strukturen aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft sind aber weitgehend erhalten geblieben – so das Fazit des folgenden Berichts über einen Besuch in Usbekistan.*

„In der Geschichte Usbekistans hat eine neue Epoche begonnen“: So lautete der erste Satz einer Ansprache des usbekischen Staatspräsidenten *Islam Karimow* vor dem Obersten Sowjet Usbekistans am 6. 5. 1993. In dieser Rede bezeichnete er die Ziele des Kommunismus in der Vergangenheit als gut, doch seien sie hohle Versprechungen geblieben. Die wichtigste Aufgabe sei jetzt die „Schaffung einer nationalen unabhängigen Ideologie“ auf der Grundlage eines Nationalgeistes, der Sprache, der Gebräuche und alten Traditionen „unseres Volkes“. Die Reformen müßten bei der Wirtschaft beginnen. Das persönliche Interesse müsse sich dem Wohl Usbekistans unterordnen. Karimows Rede klang in beschwörenden Worten aus: „Es gibt jetzt keinen Weg zurück. Beharrlich müssen wir die Zukunft Usbekistans erbauen. Zaudern und gewinnsüchtige Intrigen sind auf diesem Weg ein Verbrechen gegen das Vaterland, das Volk, die nächste Generation“.

Usbekistan ist eine Reise wert, auch wenn der Service für die Touristen noch ganz sozialistisch ist, die Kontrollen – auf dem Flughafen, auf den Staatsstraßen – bürokratisch gehandhabt werden. Die Moscheen sind wieder hergerichtet

oder im Stadium der Restauration. Sie unterscheiden sich kaum von denen, die man auch im Iran sehen kann. Hier ging einmal die Seidenstraße hindurch. Die Frauen in ihren bunten Gewändern, die überquellenden Basare, der Ruf des Muezzins, das ist Orient, wie es sich der Reisende träumt. Auf die Straßen mit ihren tiefen Löchern, die Gullyfallgruben – die Deckel sind gestohlen – muß man natürlich selber achten. Und nachts sollte man gewisse Stadtteile nicht alleine durchqueren. (Das trifft aber auch für Moskau und St. Petersburg zu.)

---

### Basare, Moscheen und die „alte Ordnung“

---

Kurz vor meiner Reise nach Usbekistan erzählte ich von meinem Plan einer Moskauer Studentin, mit der ich mich gerade über Kommunismus und Lenin gestritten hatte. Sie grinste und sagte: „In Usbekistan ist noch alles in Ordnung. Dort ist noch Kommunismus!“ Um mit Radio Jerewan zu sprechen, hatte sie „im Prinzip“ recht. Zwar gibt es keine

Marxbüste und kein Lenindenkmal mehr, aber die „alte Ordnung“ lebt weiter, auch wenn sie sich jetzt anders nennt.

Taschkent hatte einst die größte Leninstatue Mittelasiens. Vor zehn Jahren wurde auf dem Leninplatz noch das sozialistische Ritual zelebriert: Aufmärsche, Kranzniederlegungen, Ehrenwachen usw. Heute liegt Lenin hinter einem Zaun. Die eine Hand ragt einsam darüber hinaus. Aus irgendeinem Grund sieht es die Miliz nicht gerne, wenn man diese fotografiert. Der Platz heißt heute „Platz der Freiheit“.

Auf einem anderen zentral gelegenen Platz stand 1992 noch eine Marxbüste. 1993 wurde sie durch ein Denkmal von Timur ersetzt (Gips mit Bronzeanstrich). Timur (1336–1405), ein Verwandter des Dschingis-Chan, hatte mit Feuer und Schwert ein gewaltiges Reich zusammengeerobert. An seinem Hof von Samarkand blühten Kunst und Wissenschaft. Jetzt hat man ihn irgendwie in die Ahnenreihe Usbekistans eingereiht. Zur Sowjetzeit galt er als brutaler Eroberer.

Dort, wo jetzt Timur steht, davor Marx, stand zuvor Stalin, davor ein Denkmal für die Oktoberrevolution, davor ein Denkmal „Befreiung der Arbeit“ und davor – zur Zarenzeit – ein Denkmal des Gouverneurs Kaufmann. Jetzt brauchte man für die Schaffung einer „nationalen Ideologie“ eine andere Persönlichkeit. Etwas eigenartig ist das jedoch, denn erst um 1500 drang von Norden her ein Turkvolk über den Syr-Darja nach Süden ins Gebiet des heutigen Usbekistan vor, das sich nach einem Chan Usbek nannte.

Immer wieder wird man auf die großen Gestalten aus der Geschichte Usbekistans hingewiesen: auf Ulugh Beg, Herrscher in Samarkand und bedeutender Astronom (15. Jh.), auf den Dichter Nawoi (15. Jh.), der allerdings auch von den Tadschiken als „ihr“ Nationaldichter in Anspruch genommen wird usw. Nawoi wurde übrigens noch zur Sowjetzeit durch eine Briefmarke geehrt.

## Von „Transoxanien“ bis zu Usbekistan

Die heutige Republik Usbekistan mit ihren 447 000 qkm und ca. 22 Millionen Menschen hat ihre derzeitigen Grenzen erst 1936 bekommen. Die Sowjetmacht hatte das einstige Russisch-Turkestan mehrfach umgliedert und zergliedert, um es besser beherrschen zu können. Taschkent wurde 1930 die Hauptstadt Usbekistans, da die bisherige Hauptstadt Samarkand ganz offensichtlich zu stark vom Islam geprägt war. Eigentlich müßte man jetzt die Hauptstadt wieder nach Samarkand zurückverlegen. Doch fürchtet Karimow wohl, daß Samarkand zu sehr von islamischen Gruppierungen beeinflusst ist, die nicht lenkbar sind.

Die Geschichte jenes Gebietes, das heute zu Usbekistan gehört, reicht bis in die Zeit Alexanders des Großen zurück. „Transoxanien“ nannte man es damals (das Gebiet jenseits des Amu Darja = Oxus). Im 8. Jahrhundert kam der Islam aus Arabien. Die arabische Bezeichnung „Mawarannahr“ (Gebiet jenseits des Flusses) hört man heute noch. Chinesen, Araber, Mongolen waren Herren des Landes, schließlich das

Turkvolk der Usbeken, die die Tadschiken nach Süden abgedrängt hatten. Obwohl der sunnitische Islam Turkvölker und Tadschiken (die zum persischen Kulturbereich gehören) verbindet, besteht bis heute eine latente Feindschaft zwischen Usbeken und Tadschiken.

Ende des 19. Jahrhunderts eroberte Rußland Stück für Stück Turkestan, 1867 schuf St. Petersburg das Generalgouvernement Turkestan mit der Hauptstadt Taschkent. Bereits zur Zarenzeit gab es zahlreiche Aufstände der Turkestaner gegen die russische Herrschaft. Die Hoffnungen auf Selbständigkeit nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches blieben unerfüllt. Die Rote Armee besiegte 1923 endgültig die „Basmatschi“. „Basmatschi“ (= Räuber) war die von sowjetischer Seite benutzte Bezeichnung für die Widerstandskämpfer. Der Kampf gegen Moskau war auch religiös motiviert.

Moskau hatte noch lange im einstigen Turkestan heißen Boden unter den Füßen. Zu stark war der Einfluß des Islam, auch gab es Muslime, die meinten, man könne mit den Kommunisten zusammenarbeiten. Daher begann man erst Mitte der zwanziger Jahre mit der Schließung von Moscheen, Koranschulen und Scharia-Gerichten, 1928 mit der systematischen Verhaftung der muslimischen Religionsdiener.

Die mittelasiatischen Republiken der Sowjetunion wurden zu Rohstofflieferanten degradiert. Usbekistan war ein Lieferant des „Weißen Goldes“, der Baumwolle. Flußumleitungen zur Bewässerung haben die Katastrophe am Aralsee nach sich gezogen. Was heute auf der Landkarte als Aralsee zu sehen ist, entspricht nicht der geographischen Wirklichkeit; es ist nur noch ein Bruchteil geblieben. Verzweifelt sucht Präsident Karimow nach internationaler Hilfe, um die landwirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgeschäden in den Griff zu bekommen. Usbekistan war und ist gezwungen, einen erheblichen Teil seiner Nahrungsmittel einzuführen. Zur Sowjetzeit war etwa ein Viertel der Arbeitsfähigen arbeitslos, die Kindersterblichkeit war hoch. Usbekistan gehörte zum Hinterhof der Sowjetunion, obwohl im Lande reichlich Rohstoffreserven vorhanden sind, darunter Gold, Erdgas, Kohle usw. 1992 wurden im Ferganatal (im Ostteil) große Ölvorkommen entdeckt, die man aber nur mit ausländischer Hilfe ausbeuten könnte.

Die künstliche Grenzziehung, die Zerlegung Turkestans haben auch die Völkerschaften zerschnitten. Usbeken gibt es nicht nur in Usbekistan, sondern auch in Tadschikistan und Afghanistan. In jüngster Zeit ist darauf hingewiesen worden, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan auch auf die Zugehörigkeit zur usbekischen und tadschikischen Nationalität zurückgehen. In Usbekistan sind rund 71 Prozent der Bevölkerung Usbeken, etwa acht Prozent Russen, dazu kommen Tadschiken, Koreaner, Ukrainer usw. Etwa 40 000 Deutsche – zumeist zur Stalinzeit verschleppt – leben in Usbekistan. Inzwischen sind aus dem Krisengebiet Tadschikistan rund 50 000 Flüchtlinge nach Usbekistan gekommen.

Am 20. 6. 1990 erklärte Usbekistan seine Souveränität, am 31. 8. 1991 seine Unabhängigkeit. Usbekistan gehört zur GUS, mehrfach hat der Präsident versichert, daß die Wirt-

schaftsbeziehungen zu Rußland unverzichtbar sind. Die „Usbekisierung“ des gesamten Lebens hat u. a. dazu geführt, daß Russen und Ukrainer das Land verlassen haben. Die Deutschen sind zwar in zwei Gruppen gespalten, die einen wollen bleiben, die anderen wollen in die Bundesrepublik Deutschland; doch will zweifellos die Mehrheit fort. Karimow hat den Nicht-Usbeken versichert, daß sie unabhängig von Sprache, Religion, Nationalität gleiche Rechte haben. So steht es auch in der Verfassung vom 8. 12. 1992. Aber zum einen sieht das im Alltag etwas anders aus, da werden Usbeken bevorzugt. Zum anderen weiß niemand, wer auf Karimow folgen wird.

Das alte System mit neuer Bezeichnung

Zurück zur Aussage der Studentin, daß in Usbekistan noch Kommunismus herrscht. Wie bereits erwähnt, sind Marx und Lenin abserviert. Das gewaltige Leninmuseum ist geschlossen, nur an dem Denkmal für den Wiederaufbau Taschkents nach dem Erdbeben im Jahre 1966 wird noch an die große Völkerfreundschaft innerhalb der Sowjetunion erinnert. Auf der 7. Sitzung des Obersten Sowjets Usbekistans im Jahre 1991 wurde Karimow von Abgeordneten beschuldigt, an

Diktatur und Verfall der Wirtschaft schuld zu sein. Die Sitzung konnte man damals am Fernsehschirm verfolgen. Karimows Antwort war: „In unserer Republik kann es entweder Demokratie geben oder Ordnung.“ Und auf seiner Reise in die Bundesrepublik Deutschland erklärte er, daß die westliche Demokratie für Usbekistan nicht geeignet sei: „Bei uns wird es eine eigene nationale Demokratie geben...“

Karimow war vor seiner Wahl zum Präsidenten durch den Obersten Sowjet (1990) bzw. seiner Wahl zum Präsidenten durch das Volk (1991) kommunistischer Parteichef in Usbekistan. Beim ersten Putsch im August 1991 gegen Gorbatschow hat er seine Sympathie für die Putschisten erklärt, um dann jedoch eine Kehrtwendung zu machen und für Jelzin einzutreten. Wenn man nicht gerade mit einem Angehörigen der jetzigen Nomenklatura spricht, so hört man überall die gleiche Antwort: Die Kommunistische Partei hat sich (Sept. 1991) zwar in „Volksdemokratische Partei Usbekistans“ umbenannt, aber sie ist die führende Partei geblieben, ihre Kader sitzen überall an ihren alten Plätzen, die Staatssicherheit besteht aus den alten Kadern usw. Die Kandidaten der Oppositionsparteien „Birlik“ und „Erk“ werden teils drangsaliert, teils verfolgt. Fernsehen und Rundfunk sind in der Hand der Regierung. Die Presse (331 Zeitungen und 36 Zeitschriften) unterscheidet sich nur we-

Themen der Zeit



KNECHT

DM 29,80

Alle Menschen sind in irgendeiner Weise für das Leben oder vom Leben gezeichnet und deshalb hilfsbedürftig, aber auch fähig zu helfen.

Sehen Sie mal rein in diese Bücher - bei Ihrem Buchhändler

Verlag Josef Knecht  
Liebfrauenberg 37  
60313 Frankfurt am Main



Das Gewaltproblem wird praxisorientiert geklärt.



(ISBN 3-7620-0671-2)

DM 34,- (ISBN 3-7620-0678-X)

nig von ihren Vorgängern zur sowjetischen Zeit. Natürlich ist da kein Sowjetwappen zu sehen, kein Lenin oder Marx. Doch scheint man nur ein paar Namen und Zeichen ausgetauscht zu haben: Jetzt gebührt eben Karimow und seinen Worten der Platz auf der ersten Seite.

Der Oberste Sowjet und das Ministerkabinett haben gemeinsam die Zeitung „Volkswort“, geschmückt mit der Abbildung des Reiterdenkmals für Timur und dem neuen Wappen Usbekistans. Wo früher einmal in sowjetischen Zeitungen gestanden hat: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“, steht jetzt: „Usbekistan – ein Staat mit einer großen Zukunft“ (Wort des Präsidenten). Art. 29 der Verfassung garantiert Meinungs- und Pressefreiheit. Die Informationsfreiheit ist gewährt, soweit die Informationen nicht unter „die durch das Gesetz vorgesehenen Einschränkungen fallen“. Niemand zweifelt an einer Zensur.

Die Situation ist – jedenfalls aus der Sicht von Europäern – schizophoren. Immer wieder wird halblaut bestätigt, daß das alte System mit neuer Bezeichnung fortbesteht. Als ich mich mit einem Wissenschaftler verabreden wollte, bat er, Termin und Ort gleich festzulegen, denn man könne nicht wissen, ob das Telefon abgehört würde. Die andere Seite ist, daß es Karimow gelungen ist, ein Überschwappen der Wirren aus Tadschikistan zu verhindern. Der sowjetische Kosmonaut *Dschanibekow* schrieb kürzlich an die „Moskowskie nowosti“ (Nr. 48/93), die größte Errungenschaft Karimows in den verflorenen drei Jahren sei, daß in Usbekistan Ruhe herrsche. Es ist sicherlich mehr als ein Gerücht, daß Karimow in der Nachbarrepublik die „Kommunistenerben“ unterstützt.

Wenn man die Verhältnisse in Usbekistan zu werten versucht, dann erkennt man bald, daß weder westeuropäische noch sozialistische Maßstäbe ausreichen. Hier fehlt der Platz, um z. B. den Unterschied zwischen logischem und diskursivem Denken vor diesem Hintergrund zu erklären. Unmittelbar einsichtig ist jedoch, welche Bedeutung der *Islam* für das Denken in Turkestan bzw. Usbekistan hat. Der Islam beschränkt sich nicht auf einen religiösen Bereich, er ist zugleich Lebensordnung, die das gesamte private und öffentliche Leben – einschließlich der Politik – umfaßt.

Auch derjenige Usbeke, der sich nicht streng an die Regeln seiner Religion hält, der vielleicht nicht mehr an Allah glaubt, lebt in diesem geistigen Geflecht. So hat Moskau zwar den Sozialismus einführen können, aber neben dem „Homo sovieticus“ gab es immer den „Homo islamicus“, der weiter an seinen alten Gebräuchen festhielt.

Das sozialistische System hat auch die viel propagierte Völkerfreundschaft nicht zustande gebracht. Der alte Dissens zwischen Tadschiken und Usbeken ist wieder sichtbar. Das Gemetzel unter den – von Stalin nach Usbekistan verschleppten – Turk-Mescheten im Jahre 1989 ging auf das Konto von Usbeken. Neben den – oder besser: innerhalb der – Völkern spielen die Familienclans eine große Rolle. Sie haben in der sozialistischen Zeit weiterbestanden und bestimmen auch heute das politische Leben mit. Hierfür ein Beispiel aus dem religiösen Bereich: Gegen Ende des

Zweiten Weltkrieges machte Moskau *Ischan Babachan* (später: Babachanow) in Taschkent zum leitenden Mufti in der Sowjetunion. Als er 1957 starb, folgte ihm – natürlich mit Moskaus Zustimmung – Sohn Babachanow, als dieser starb, folgte Enkel Babachanow. Enkel Babachanow wurde 1989 – im Rahmen der Beendigung des Moskauer Religionsdiktates – abgesetzt. Seit 1993 ist dieser Babachanow wieder stellvertretender Mufti in Taschkent.

Welche grotesken Purzelbäume die „Usbekisierung“ schlägt, kann man am Beispiel des usbekischen Parteichefs *Scharaf Raschidow* demonstrieren. Er verdankte seine Stellung Chruschtschow und nutzte sie von nun an, um Moskau alljährlich um einen Teil der Baumwollernte zu betrügen. 1983 soll er Selbstmord begangen haben, als die Sache rufbar wurde. In Taschkent erhielt er ein Ehrengrab in der Stadt neben dem KGB-Gebäude, geziert mit einer großen Bronzefigur. Unter Gorbatschow lief eine Kette von Prozessen gegen andere Angehörige von Raschidows „Baumwollmafia“. In Taschkent überführte man den Toten auf einen Friedhof, nahm die Figur ab. 1993 wurde die Figur wieder errichtet, eine Straße nach Raschidow benannt. Er gilt jetzt als verdienter usbekischer Staatsmann, der die Interessen Usbekistans gegenüber Moskau verteidigt hat.

## Der Islam in Usbekistan

Bereits zur Zarenzeit gehörten *muslimische Bruderschaften* zum Kern des Widerstandes gegen die russischen Herren. Es ist bereits erwähnt worden, daß die Sowjetmacht anfangs auf die Bedeutung des Islams in Mittelasien Rücksicht nehmen mußte. Die brutale Verfolgung, die zur Stalinzeit begann, konnte zwar Moscheen schließen, Mullahs einsperren, aber sie konnte den Islam nicht in den Griff bekommen. Da der Muslim nicht auf „geweihte“ Gottesdiener, nicht auf offene Moscheen angewiesen ist, entwickelte sich ein „inoffizieller“ Islam. Wanderprediger zogen umher, Zimmer wurden zu Gebetsräumen. Dieser inoffizielle Islam mangelte dem Glauben allerdings auch viel Aberglauben bei.

Die Einsetzung der „roten Muftis“ – wie sie im Volksmund genannt wurden – war ein Versuch, die Muslime organisatorisch in den Griff zu bekommen. Der wichtigste von vieren saß in Taschkent. Der inoffizielle Islam existierte jedoch weiter. Die einzige programmatische Rede, die Gorbatschow zur Bekämpfung der Religion gehalten hat, erklang 1986 in Taschkent. Er beschuldigte vor allem Kommunisten und Funktionäre, daß sie sich an religiösen Zeremonien beteiligten.

Seit Ende der siebziger Jahre, dann im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan schwappte der „reine“ Islam ins Ferganagebiet (im Osten Usbekistans) hinüber. Die Vertreter des reinen Islam lehnten sowohl den „offiziellen“ (d. h. staatlich gebilligten) Islam wie den „inoffiziellen“ Islam ab. Sie forderten eine radikale Rückkehr zu den Glaubenslehren Mohammeds, eine Beseitigung aller modernistischen Neuerungen.

Als dann auch noch die „Partei der Islamischen Wiedergeburt“ in Usbekistan Fuß faßte, reagierte Altkommunist Karimow. Er wußte, daß er für eine Nation Usbekistan die Unterstützung von Muslimen brauchte. Die „Partei der Islamischen Wiedergeburt“ wurde verboten, Karimow erklärte plötzlich, der Islam habe eine positive Bedeutung, spendete Geld für Moscheen, legte seinen Eid auf den Koran ab. Die Vertreter des „offiziellen“ Islam waren die Nutznießer. Sie begannen mit der Wiedererrichtung von Moscheen und Koranschulen – finanziell unterstützt durch Saudi-Arabien. In den Buchhandlungen kann man den Koran sogar in russischer Sprache kaufen.

Das Problem ist damit nicht gelöst. Die offizielle Propaganda rührt alle Gegner des „offiziellen“ Islam, die sehr zahlreich sind, in dem Sammelbegriff „Fundamentalisten“ zusammen. Man verweist dabei auf die Fundamentalisten im Iran, in Afghanistan, in Tadschikistan und setzt sie mit Terroristen gleich. Einig sind sich alle muslimischen Gruppierungen, daß der Islam in Usbekistan auch im öffentlichen, im politischen Bereich eine Rolle spielen müsse. Man streitet sich jedoch, welche Rolle.

In seiner bereits erwähnten Rede am 6. 5. 1993 hat Präsident Karimow deutlich darauf verwiesen, daß Usbekistan in der Welt seine eigene Rolle spielen will. Interessant ist, daß er

unmittelbar danach seine Hoffnung äußerte, daß sich die wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland erfolgreich entwickeln würden. Tatsächlich gibt es eine Vereinbarung mit Daimler-Benz, eine Produktionsstätte zu errichten. Rund 15 deutsche Firmen sind inzwischen in Usbekistan vertreten. Das an Rohstoffen reiche Land hat das wirtschaftliche Interesse der EG und der USA angezogen.

Karimow sieht in Usbekistan so etwas wie ein Herzstück Asiens. Das betrifft nicht nur die benachbarten einstigen Sowjetrepubliken. Der Präsident hat u. a. Südkorea, Pakistan, Indien, China und den Iran besucht. Er weiß, wie wichtig die Beziehungen zu den islamischen Nachbarstaaten sind. Als politisches Vorbild schwebt ihm offensichtlich die Türkei vor. 1993 wurde in Taschkent eine eigene Diplomatenuniversität gegründet.

Natürlich will Karimow die Beziehungen zu Rußland pflegen. Es könnte durchaus sein, daß er Rußlands Hilfe gegen das unruhige Afghanistan noch einmal benötigen könnte. Eindeutig lehnt er jedoch jegliche politische Unterordnung unter Moskau ab. Noch steht die Republik Usbekistan auf wackligen Füßen. Im November 1993 bat der usbekische Botschafter in den USA, *Mohammad Babur Malikow*, um politisches Asyl. Er begründete dies mit der Verfolgung der Opposition in Usbekistan und der Verletzung der Menschenrechte.

*Tamara Ganda*

## Kurzinformationen

**C**aritas Europas setzt sich für positive Einwanderungspolitik der Länder der Europäischen Gemeinschaft ein

Für eine positive Einwanderungspolitik und gegen die offizielle Politik des Einwandererstopps haben sich die europäischen Caritasverbände zusammen mit anderen nichtstaatlichen Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung ausgesprochen. Als Hauptziel einer solchen Politik bezeichnen sie eine „gezielte Lenkung des wachsenden Migrationsdrucks“, wie man ihn für die kommenden Jahrzehnte erwartet. Im Mittelpunkt der Erklärung steht ein rechtlich konkret ausgearbeiteter *Vorschlag für eine neue europäische Einwanderungspolitik*. Unter die Höchstgrenze, die mit einer solchen

Einwanderungspolitik gegeben wäre, sollten nicht solche Personen fallen, die bereits anderweitig ein „unantastbares und unveräußerliches Anrecht auf einen rechtmäßig und unbefristeten Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Europäischen Gemeinschaft haben“, also Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention von 1951 und des New Yorker Protokolls von 1967, Staatsangehörige eines Drittstaats, die mit einem Staatsangehörigen eines EG-Staats verheiratet sind, und Personen, die im Rahmen der Familienzusammenführung aufgenommen werden. Die Einwandererhöchstgrenze, schlagen die Caritas-Verbände vor, solle drei Einwandererkategorien mit unterschiedlicher Priorität umfassen: nahe Verwandte von Einwanderern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht (A), Personen, deren befristete Aufent-

haltsgenehmigung in eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung umgewandelt werde (B), sowie Personen, die hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen in die EG einreisen wollen (C). A müsse Vorrang vor B sowie A und B Vorrang vor C haben. Zu den wirtschaftlichen und demographischen Vorteilen von Einwanderung heißt es u. a. in der Erklärung, es sei schwierig zu entscheiden, ob die Kosten der Einwanderung ihre Vorteile überwiegen oder umgekehrt. Ein demographisch begründeter Arbeitskräftemangel könne durch Einwanderung zwar behoben werden. Eine Voraussage darüber, wie viele Arbeitskräfte in Zukunft tatsächlich gebraucht würden, sei jedoch aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung und verschiedener Maßnahmen zur Arbeitsintegration von Frauen und Arbeitslosen schwierig.